Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Laden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Weitinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26. | Dresden, Donnerstag den 31. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Kühlmann und Trotzki über die Ukraine.

Luftangriff auf Paris.

Verhandlungen über die Ukraine.

Fortführung der Kommissionsarbeiten.

Brest-Litowsk, 30. Januar.

Heute vormittag fand unter Großwesirs eine Plenarsitzung statt, grüßungsansprache eröffnet wurde. teilte darauf die Entsendung des Grafen v. Podewils als Vertreter Bayerns zu den Verhandlungen mit. Herr Trotzki erklärte anschließend, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen stattgefunden hätten, deren eine rein persönlicher Natur sei, während die andere staatsrechtlichen und politischen Charakter trage. Die Einreihung zweier Mitglieder der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation. Die ukrainische Staatsrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen eines jedoch in Petersburg als Mitglied der Regierung des Rates der Volkskommissare zurückgeblieben sei. Herr Trotzki gab sodann erläuternd einen Ueberblick über die Zustände in der Ukraine, wo sich das ganze Bergwerksgebiet von Jekaterinoslaw und die Gouvernements Charkow und Poltawa ganz in der Gewalt der ukrainischen Sowjets befänden. In den anderen Teilen der Ukraine gehe der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tage seiner Abreise aus Petersburg habe der direkte Draht aus Kiew den Rücktritt des Kiewer Generalsekretariats gemeldet. **Ein mit der Delegation dieses Sekretariats abgeschlossener Friede könne unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls etwa als Friede mit der ukrainischen Republik angesehen werden.** Jetzt, wo in Petersburg der Allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputationen tage, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen würden, entspräche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats in die hiesige russische Delegation durchaus den in der russischen Republik herrschenden Zuständen. Jedenfalls könnten aber nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, die durch die Regierung der föderativen Republik Rußlands formell bestätigt würden.

Der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik behielt sich seine Stellungnahme bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung vor.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten die Erörterung über die Darlegungen des Herrn Trotzki bis nach Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben befürworte. Die Lage scheine ihm die zu sein, daß zwar das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften berechtigt zu sein behaupten, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die Verbündeten-Delegationen würden diese wichtige Frage gründlich prüfen.

Herr Trotzki erwiderte, für die russische Delegation sei das Bestehen einer zweiten Körperschaft auf ukrainischem Gebiet neben der Rada, die das ukrainische Volk zu vertreten beanspruche, kein Anlaß zur Stellungnahme gewesen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sich noch nicht entschieden hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen berechtigt seien, sei nach dem Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden.

Graf Czernin schloß sich der vom Staatssekretär v. Kühlmann vertretenen Ansicht an und gab anheim, um die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen, inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen. Herr Trotzki schloß sich diesem Wunsche an. Talaat Pascha schloß sodann die Sitzung mit dem Vorschlage, die Kommissionsberatungen wieder aufzunehmen, nachdem zuvor Herr Trotzki mitgeteilt habe, daß die Untersuchung in der Angelegenheit der bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode besprochenen, angeblich von der Petersburger Telegraphen-Agentur herausgegebenen Notiz über eine Erklärung Herrn Joffes ergeben habe, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht hinausgab. Die Entstehung dieses Mißverständnisses nachzuprüfen, müsse er daran interessierten Stellen überlassen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 31. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb auf Artillerie- und Minenwerfer-Kämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schaden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14 000 Kilogramm Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Asiago scheiterte ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit rege.

Die Zahl der von österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Verlauf der Ausstandsbewegung.

Scharfe behördliche Maßnahmen in Berlin. — Sperrung des Gewerkschaftshauses.

Es ist unmöglich, ein klares Bild über den Verlauf der Berliner Streikbewegung zu gewinnen. Der von den Ausständigen eingesetzte Aktionsausschuß scheint nicht in der Lage zu sein, Mitteilungen über den Stand der Bewegung in die Oeffentlichkeit zu geben. Zum Teil mag die Unübersichtlichkeit der Verhältnisse selbst dabei mitsprechen, anderenteils liegt es an den behördlichen Maßnahmen.

Das Oberkommando in den Marken arbeitet mit Zensurvorschriften und Versammlungsverboten. Das Erscheinen des Vorwärts ist wiederum, zunächst auf drei Tage, verboten worden. Er soll „entgegen einer bestehenden allgemein gültigen Zensurverfügung eine Aufforderung zum Massenstreik" veröffentlicht haben. Wir haben derartiges im Vorwärts nicht gefunden. Entspricht es doch auch in keiner Weise der Auffassung des Vorwärts, eine derartige Aufforderung ergehen zu lassen. Wir müssen das Verbot des Vorwärts in hohem Maße bedauern. Auf diese Weise wird nur in die Arbeitermassen neuer Zündstoff getragen, während es die Aufgabe aller Beteiligten sein sollte, die Beunruhigung zu beseitigen und die Ausstandsbewegung zu einem verständigen Ziele zu führen. Es ist nicht sicher, ob durch das Vorwärtsverbot oder durch die allgemeine Streikstimmung veranlaßt — jedenfalls hat sich der Streik auf verschiedene Berliner Zeitungsverlage erstreckt. Am Mittwoch konnten mehrere der großen Zeitungen nicht erscheinen. Gestreikt wird im Ullstein-Betrieb (Vossische Zeitung), die Abendausgabe des Berliner Tageblattes konnte den Abonnenten nicht zugänglich gemacht, sondern nur auf den Straßen verbreitet werden. Dagegen sind gerade die rechtsstehenden Blätter, die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung usw. erschienen.

Mit scharfen Verboten geht ferner der Oberbefehlshaber von Berlin gegen den Streikausschuß und die Streikversammlungen vor. Die Zusammenkünfte des Ausschusses sowie alle Versammlungen der Streikenden sind verboten worden. Nur Betriebsversammlungen sollen erlaubt sein. Gegen die Maßnahmen des Oberbefehlshabers soll in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag tagt, Einspruch erhoben werden.

Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften, ebenso der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigung in Kattowitz haben Aufrufe an die Arbeiterschaft ergehen lassen, in denen sie dringend vom Anschluß an die Streikbewegung abraten.

•

Die Freisinnige Zeitung, das Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, erklärt, daß sie die Haltung der Sozialdemokratie in der jetzigen Situation nicht billigt und „der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können", überläßt. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich die Verantwortung dafür voll auf sich nehmen, daß sie eine Vermittlung zwischen den Streikenden und den behördlichen Organen anzubahnen bemüht ist. Für den Streik selbst hat sie keinerlei Verantwortung. Die Schuldigen an dem Ausbruch des Streiks sind an anderen Stellen zu nennen. Die gleichfalls der Fortschrittlichen Volkspartei zugehörige Frankfurter Zeitung macht hierzu folgende, durchaus zutreffende Ausführungen:

„... Wie unzweifelhaft eine starke Erregung in den Volksmassen schwingt, so tragen dafür noch viel mehr als die, die zum Streik aufriefen, die Heber auf der anderen Seite die Schuld, die mit ihren täglichen wilden Angriffen gegen die äußere und innere Politik der Regierung und der Reichstagsmehrheit nachgerade die Sorge wecken, daß durch sie nicht nur der Verständigungsfriede und eine innere Reform, sondern die Aufrechterhaltung unserer bisherigen Ordnung überhaupt bedroht sei. Oder was anderes bedeutet der Ruf nach dem Herrn und die immer mehr verhüllte Sehnsucht nach der Diktatur? Das reizt auf, mehr als alles andere. Zeitigkeit der Reichstagsmehrheit und Klarheit der Regierungspolitik sind die Mittel dagegen, die wir heute mehr brauchen denn je."

•

Ausstände im Dresdner Gebiet.

Die Streikbewegung in Berlin, Hamburg und einer Reihe anderer deutscher Städte hat jetzt auch auf Dresden übergegriffen. Wie uns berichtet wird, ist in der Gußstahlfabrik Döhlen ein Teilstreik ausgebrochen, an dem etwa 700 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sein sollen. Das Stahlwerk Pirna, das 500 bis 600 Arbeiter beschäftigt, soll vollständig von dem Streik erfaßt sein. Eine Versammlung, die die Streikenden des Stahlwerks Pirna heute vormittag abhalten wollten, wurde verboten.

•

Auch Hertling lehnt ab.

tu. **Berlin**, 31. Januar. Wie verlautet, suchten Vertreter der beiden Sozialdemokratischen Fraktionen mit Abgesandten der streikenden Arbeiter auch eine Unterredung mit dem Kanzler anzubahnen, doch soll ebenso, wie von seiten des Staatssekretärs des Innern ein ablehnender Bescheid erteilt worden sein.

•

Die Vorgänge in Berlin.

tu. **Berlin** 31. Januar. Wie das Berliner Tageblatt erfährt, hat die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei den Bäckern, die schon in verschiedenen Berliner Vororten in den Ausstand getreten waren, empfohlen, wieder in ihre Betriebe zurückzukehren. Die Bäcker haben den Wünschen der Parteileitung sogleich Folge geleistet. Von ausständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei eine neue Ausarbeitung der Forderungen der Arbeiter vorgenommen habe. —

Innerhalb Groß-Berlins war es auch im Verlaufe des Spätnachmittags und abends ruhig. Es kam nirgends zu ernsten Ausschreitungen dank der vorbildlich ruhigen Haltung der Arbeiter und der Polizeibeamten. Nur in einem Vorort sind geringe Ausschreitungen zu verzeichnen. Arbeiter wollten in diesem Vorort eine Versammlung abhalten. Die Polizei hinderte sie jedoch daran, und die Arbeiter mußten den Saal räumen. Auf dem vor dem Versammlungsgebäude gelegenen Platz kam es dann, da die Arbeiter sich nicht entfernen wollten, zu Zwischenfällen mit der Polizei.

•

Die Schließung des Gewerkschaftshauses.

b. Die im Gewerkschaftshause anwesenden Gewerkschaftsbeamten wurden gestern nachmittag polizeilich aufgefordert, die Bureaus zu verlassen. Da sie sich zunächst weigerten, wurde das Haus vom Außenverkehr abgesperrt; es wurde jeder hinaus- aber niemand mehr hineingelassen, so daß der Betrieb lahmgelegt war. Der Gewerkschaftssekretär, Reichstagsabgeordneter Körsten, der im Gewerkschaftshause verblieb, wandte sich telephonisch an den Oberbürgermeister Wermuth, der sich mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung setzte. Der Polizeipräsident erklärte, daß er seinerseits nur einer Weisung folge und nur den Rat erteilen könne, sich den Anordnungen ruhig zu fügen. Die Polizei werde im Gewerkschaftshause nichts anrühren, sondern alles unverändert stehen und liegen lassen.

•

Spandau.

wtb. **Spandau**, 30. Januar. Die Lage hat sich gegen gestern nicht wesentlich geändert. In den meisten Staatswerkstätten wird fast vollzählig gearbeitet. In der Artilleriewerkstatt Süd hat sich die Zahl der Streikenden, die gestern 3500 bis 4000 betrug, erheblich verringert, ebenso in der Orenstein u. Koppel A.-G., wo gestern etwa 600 Arbeiter streikten, im ganzen dürften heute noch nicht ganz 4000 Arbeiter von der hier beschäftigten 70 000 bis 80 000 Mann im Streik sein. In der Siemensstadt wird in den Siemenswerken